

Fight Back!

Antifaschistisches (Jugend) Info Braunschweig



Kein Vergeben, kein Vergessen:

Zum Gedenken an den ermordeten Flüchtling Zdravko Nikolov Dimitrov und allen anderen Opfern der rassistischen Flüchtlingspolitik

Mehrere Aktionen im Dezember 2000 erinnerten an den durch die Polizei ermordeten Flüchtling Dr. Zdravko Nikolov Dimitrov und die damit zusammenhängende Flüchtlingspolitik.

Am 10.12.1999 hatte die Braunschweiger Polizei versucht, eine Weisung der Ausländerbehörde durchzusetzen und den bulgarischen Flüchtling in Abschiebehaft zu nehmen. Dieser drohte allerdings damit, sich eher selbst zu töten, als sich in ein Land abschieben zu lassen, aus dem er wegen erlittener Folter geflohen war. Das aus Hannover hinzugezogenen Sondereinsatzkommando (SEK) stürmte, angeblich „zu seinem eigenem Schutz“, die Wohnung und erschoss ihn. (nähere Infos in der FB! Nr. 14 und auf unserer homepage: www.puk.de/antifacafe).

Lauter Protest und stilles Gedenken

Schon 1999 war dieser staatliche Mord Anlaß für zahlreiche Proteste. Damals protestierten rund 70 AntifaschistInnen vor dem Polizeirevier Münzstraße und dem Braunschweiger Ordnungsamt.

Gegen den Leiter der Ausländerbehörde Edgar Wrobel hatte die PDS Anzeige wegen „Körperverletzung, Freiheitsberaubung, Nötigung und Rechtsbeugung“ erstattet“ (BZ, vom 23. 12.99).

Auch letztes Jahr war einiges los:

Am 18.12.2000 seilten sich AktivistInnen der Gruppe Feuerstaine vom Dach der Ausländerbehörde ab und spannten ein großes Transparent mit der Aufschrift: „Abschiebung ist Mord! Dimitrov erschossen von der Polizei!“. Die Polizei traute sich gar nicht erst auf das Dach und so konnten die AktivistInnen nach Ablauf ihrer selbstgesetzten Zeit unter freiem Geleit abziehen.

An Dimitrovs Todestag organisierte die Jugend Antifa Aktion (JAA) eine Gedenkkundgebung. Rund 40 Personen zogen vor das Polizeirevier Münzstraße. Dort wurde ein Gesteck niedergelegt und eine Schweigeminute im Gedenken an Dimitrov und alle anderen Opfer der rassistischen Flüchtlingspolitik abgehalten. Anschließend zogen sie Parolen rufend in die Innenstadt, um die Versammlung dann



Impressum: Fight Back!, Cyriaksring 55, 38118 Braunschweig
Erscheint regelmäßig in einer Auflage von 1000 Exemplaren. Die Verteilung erfolgt kostenlos an Schulen, Jugendzentren und in Kneipen. Der Inhalt der einzelnen Artikel gibt nicht unbedingt die Meinung des gesamten Redaktionskollektivs wieder. Über den Abdruck von zugeschickten Artikeln, Terminen etc. entscheidet das Redaktionskollektiv.

Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung bleibt bis zur Aushändigung an den Adressaten/die Adressatin Eigentum des Redaktionskollektivs. "Zur Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Zeitungen sind unter Angabe des Grundes an das Redaktionskollektiv der Fight Back! zurückzusenden.

V.i.S.d.P.: August Merges, Karl-Marx-Str. 2, 38104 Braunschweig

dort aufzulösen.

Auch tags zuvor auf der SchülerInnen-Demo, ausgelöst durch die rassistischen Äußerungen von Schülern der Neuen Oberschule (NO) auf deren Internetseite, waren kritische Töne zu hören. Ein Schüler des Braunschweiger Kollegs kritisierte in seiner Rede die Flüchtlingspolitik der BRD. Eine angenehme Rede zwischen den ganzen „wir-alle-gegen-rechts“ Labereien von Politikern, wie dem Ministerpräsident von Niedersachsen Gabriel (SPD) oder Oberbürgermeister Steffens (SPD), denen man ihr heuchlerisches Getue ohnehin nicht abnimmt. Schließlich wirken Politiker, die zwar von einer härteren Gangart gegen Nazis reden, aber nach wie vor die Opfer faschistischer Gewalt in Lager sperren, mit Sondergesetzen entrechteten und den Schikanen von Polizei und Behörden ihre gesetzliche „Legitimation“ geben und somit selber zu einem rassistischen Klima in der ganzen Bevölkerung beitragen, nicht sehr glaubhaft. Es ist geradezu absurd, dass diese Politiker auf einer Demo unter dem

Motto: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ reden. Um die Heuchelei der bürgerlichen Politiker bloßzustellen, wurden die Reden von Gabriel und Steffens durch laute Parolen gestört und das Rednerpult durch ein Stangentransparent der JAA mit der Aufschrift: „Rassisten morden, der Staat schiebt ab - das ist das gleiche Rassistenpack!“ verdeckt.

Der Staat schiebt ab, egal ob lebend oder tot.

Diese Aktionen sollten nicht nur an den ermordeten Flüchtling Dimitrov erinnern - sie richteten sich vor allem gegen die rassistische Flüchtlingspolitik der BRD.

Regelmäßig sterben Flüchtlinge beim Versuch in die BRD zu gelangen - sie ertrinken in der Oder, weil sie nicht an Land gelassen werden, werden von den Hunden des Bundesgrenzschutzes (BGS) zu Tode gehetzt oder durch BGS- Beamte erschossen. Ebenso regelmäßig sterben Flüchtlinge bei ihrer Abschiebung. Der Flüchtling Aamir Aageb erstickte, weil BGS-Beamte ihm



einen Motorrad-Integralhelm (bei Abschiebungen per Flugzeug werden diese Helme eingesetzt, damit die Betroffenen sich bei ihrer Abschiebung nicht wehren können) aufgesetzt und seinen Kopf beim Start nach unten gedrückt hatten.

Die hier lebenden Flüchtlinge werden von rassistischen Sondergesetzen terrorisiert. Sie werden eingepfercht in Asylbewerberheimen oder in Zentralen Anlaufstellen für Flüchtlinge (ZAST) gesteckt. Ihre Einkäufe müssen Flüchtlinge größtenteils mit sogenannten „Gutscheinen“ erledigen, d.h. daß sie nur in bestimmten Geschäften bestimmte Dinge kaufen können und nicht berechtigt sind, frei über das wenige Geld, was sie haben zu verfügen.

Einen der bisherigen Höhepunkte der rassistischen Sondergesetze bildet die sogenannte „Residenzpflicht“. Dieses in Europa einzigartige Gesetz verbietet es

Flüchtlingen, sich außerhalb des ihnen zugewiesenen Landkreises aufzuhalten. Um ihren Landkreis verlassen zu können, müssen sie einen Antrag bei den jeweiligen Behörden stellen, dieser wird in der Regel abgewiesen.

Wir solidarisieren uns mit Flüchtlingen und fordern: “Weg mit den rassistischen Ausländergesetzen – Offene Grenzen und Bleiberecht für alle!”



The Good, the Bad and the USA ...

Billige Schwarz-Weiß-Klischees sind beliebte Operationsfaktoren der bürgerlichen Medien. Wenn sich die Moralfrage nicht anhand der Zustimmung zu oder der Ablehnung von Demokratie im kapitalistischen Sinne klären lässt, bietet sich immer noch die Anwendung von “Gewalt” als Unterscheidungskriterium an.

Den Medien in der BRD zufolge han-

delt es sich beim Krieg in Palästina um ein ähnlich gelagertes Problem wie beim Krieg in Irland: Zwei Seiten, die sich aufgrund religiöser Dünkel gegenseitig bis auf's Blut bekämpfen, versuchen seit einiger Zeit, Frieden einkehren zu lassen. Hilfe erhalten sie dabei von geübten Diplomaten, hauptsächlich aus den USA, mittlerweile aber auch hie und da aus Europa. Alles wäre prima, wenn es da nicht die

sogenannten Hardliner auf beiden Seiten gäbe, die mit Anschlägen und Aufwiegelung der "kleinen Leute" den Krieg gegen den erklärten Willen ihrer Oberhäupter stets auf's Neue anheizen würden. Aus dieser Darstellung lassen sich folgende Thesen ableiten, die uns immer und immer wieder aufgetischt werden, aber leider nichts erklären:

1. Es gibt zwei Seiten.
2. Die Seiten konstituieren sich aufgrund religiöser Differenzen.
3. Alle wollen Frieden, nur die Hardliner nicht (weil sie Hardliner sind, auch religiöse Fundamentalisten genannt).

Unsere Gegenthesen, auf die an dieser Stelle eingegangen werden soll, lauten:

1. Es gibt mehr als zwei Seiten.
2. Die Seiten konstituieren sich aufgrund handfester, ökonomischer und politischer Interessen.
3. Alle wollen das Beste für ihre Seite herausschlagen, auch die Hardliner (nur setzen die auf andere Mittel).

USA

Israel und die USA bilden seit Jahrzehnten eine Waffenbrüderschaft. Ähnlich der BRD wurde Israel in den Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg als imperialistischer Frontstaat aufgebaut. Zunächst ging es den USA darum, den wachsenden Einfluss der Sowjetunion zurückzudrängen und einen Fuß im arabischen Raum zu haben, dessen strategische Bedeutung durch seine Ölreserven gar nicht hoch genug

eingeschätzt werden kann. Die von Israel gegen nahezu alle benachbarten Staaten geführten Kriege wurden materiell und ideologisch durch die USA ermöglicht, die zwar nicht direkt ins Kampfgeschehen eingriffen, jedoch (z.B. durch die Stationierung von Flugzeugträgern) – neben der Ausrüstung Israels – Blockaden der Kriegsgegner durchführten.

Das Interesse der USA hat sich gewandelt. Nach der Privatisierung der Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes und für die Normalisierung der Beziehungen zu den arabischen Staaten im imperialistischen Sinne soll Ruhe in der Region einkehren. Der permanente Kriegszustand, in dem sich Israel mit den Staaten der Arabischen Liga befindet, steht diesem Ziel im Weg. Die bewährte teile-und-herrsche-Strategie wechselnder Bündnis-konstellationen lässt sich nicht ungehindert verfolgen, da die Auseinandersetzung mit Israel die arabischen Staaten immer wieder zu einem Block verbindet. Dieser Umstand erschwert die Handelsbeziehungen zu diesen Staaten und verschlingt zudem auf allen Seiten große Summen für die Auf- und Nachrüstung der Militärapparate. Die USA setzen deshalb auf die diplomatische Befriedung der Situation und drängen Israel, hinsichtlich der Palästina-Frage endlich zu einer Lösung zu kommen.

Israel

Israel seinerseits will einer solchen Lösung nur zustimmen, wenn es dabei weder sein Gesicht (d.h. seinen

Einfluss) noch Teile der von ihm eroberten und besetzten Gebiete verliert. Streitigkeiten innerhalb des israelischen Lagers entzündeten sich an der Frage der konkreten Umsetzung dieses Zieles. Während der Hardliner-Flügel, zu dem u.a. die Siedler gehören, die das israelische Staatsgebiet mit Hilfe des Militärs Stück für Stück erweitern, den Palästinensern am liebsten überhaupt keine Zugeständnisse machen würde, da diese seiner Ansicht nach nichts auf dem Boden verloren haben, den Israel sein eigen nennt, setzt der Peacemaker-Flügel auf eine vertragliche Zementierung des Status Quo, was u.a. bedeutet, dass die in den letzten Jahrzehnten vertriebenen Palästinenser sehen können, wo sie bleiben. Ariel Sharons garantiert nicht religiös bedingter Ausflug auf den Tempelberg, der den Auslöser der sogenannten Al-Aksa-Intifada bildete, war Ausdruck der Haltung, dass es sich auch bei diesem Gebiet um israelisches handelt, was folgerichtig auf Widerstand bei den Palästinensern traf. (Sharon befahl 1982 als "Verteidigungs"minister in Israel den Einmarsch in den Libanon. Unter den Augen des israelischen Militärs verübten dabei libanesisch-christliche Milizen Massaker in den Flüchtlingslagern in Sabra und Shatila mit mehr als 800 Todesopfern. Ariel Sharon galt immer als einer der radikalsten und unnachgiebigsten Gegner einer Preisgabe der besetzten Gebiete. 1987 bezog er provokativ eine Wohnung im muslimischen Teil der Jerusalemer Altstadt. Seiner Meinung nach hätte der Aufstand der Palästinenser - die

Intifada - mit den brutalsten Mitteln innerhalb kürzester Zeit niedergeschlagen werden müssen. 1990 wurde er Bauminister und war verantwortlich für den massiven Ausbau der jüdischen Siedlungen im Westjordanland und im Gazastreifen.)

Die Arabische Liga

Für die Arabische Liga hat die Palästina-Frage ebenfalls eine strategische Bedeutung. Lange vor der Gründung der PLO in ihrer heutigen Konstellation (mit der Al-Fatah als stärkster Fraktion) existierten palästinensische Einheiten in den jeweiligen Armeen der einzelnen Staaten. Diese Einheiten unterstanden zwar dem Oberbefehl "ihrer" Armeeführung, besaßen jedoch eine bestimmte Eigenständigkeit. Nach der Gründung eigener bewaffneter Formationen seitens der Palästinenser räumten viele der Staaten diesen Operationsfreiheit ein und duldeten es, dass auf ihrem Staatsgebiet Ausbildungslager und Nachschubposten errichtet wurden. Ging es vordergründig um "Solidarität mit den arabischen Brüdern", verfolgten sie mit dieser Politik ihre eigenen Ziele, den Staat Israel wieder abzuschaffen, bzw. später den Einfluss Israels in der Region so gering wie möglich zu halten. Ein zweischneidiges Schwert für die Palästinenser, wie das Beispiel Jordaniens zeigte. Während des 6-Tage-Krieges duldete Jordanien den Rückzug palästinensischer Einheiten auf sein Gebiet und die Errichtung der Kommandozentrale der Al-Fatah in Jordanien. Hier fand der erste erfolgreiche Angriff palästinensischer Kräfte auf die israelische

liche Armee statt, die aufmarschiert war, um die palästinensischen Kräfte zu vernichten. Wenige Jahre später wechselte Jordanien seine Linie und bekämpfte die auf seinem Staatsgebiet operierenden palästinensischen Einheiten. Mehrere zehntausend Tote auf palästinensischer Seite waren die Folge. Die Unterstützung der "arabischen Brüder" steht und fällt mit den Interessen der arabischen Staaten, insbesondere mit ihrer Beziehung zu den USA.

Die Palästinenser

Weniger homogen, da ohne eigene Staatsmacht, äußern sich die Interessen der Palästinenser. Das Ziel der PLO, einen eigenen Staat zu errichten, lässt sich im Kriegszustand nicht erreichen. Arafat würde deshalb zu gerne den Angeboten zustimmen, die seitens der USA und Israels gemacht wurden, es ist ihm jedoch klar, dass mit der Zustimmung zu den Vorschlägen seine eigene Position akut in Gefahr geriete. Die palästinensischen Hardliner, als Stärkste darunter die islamischen Organisationen Hamas und Jihad und die linken Organisationen PFLP und DFLP, stimmen den Entwürfen für einen Friedensvertrag nicht zu, und diese sind es, die am deutlichsten auf Seiten der neuen Intifada auftreten. Es geht ihnen darum, selbst mehr an Einfluss im palästinensischen Lager zu gewinnen.

Ungeklärte Fragen, wie die, was mit den von Israel vertriebenen Flüchtlingen geschehen soll, und welche Rechte den Palästinensern in einem eigenen staatsähnlichen Gebilde eingeräumt werden würden, halten die Situation brisant.

Für keine der Parteien in diesem Krieg lautet die Frage "Krieg oder Frieden". Es stehen imperialistische Interessen gegeneinander, für deren Durchsetzung sich die verschiedenen Seiten der Mittel bedienen, die ihnen zur Verfügung stehen. Als Amboss, auf dem dieses Eisen geschmiedet wird, mussten und müssen die Palästinenser erhalten. Aus ihren Dörfern und



Städten zum Teil schon vor Generationen verjagt, führen sie ein Leben in völliger Armut in den Flüchtlingslagern und auch außerhalb. Für Israel sind sie eine Art Kolonie, für die übrigen arabischen Staaten der Region Manövriermasse und für die USA ein Störfaktor, der ruhiggestellt werden muss. Der sogenannte Friedensprozess ist keine pazifistische Veranstaltung, sondern eine Aushandlung zukünftiger Gebiets- und Besitzrechte, bei der jede Seite auf das pocht, was ihr angeblich zusteht. Die Verschärfung des Tempos des sogenannten Friedensprozesses hat die Widersprüche derart zugespitzt, dass die Provokation

eines rechten israelischen Politikers ausreichte, um viele Palästinenser auf die Straße und in den erneuten Widerstand gegen das israelische Besatzungsregime zu bringen. Diese hegen berechtigterweise Zweifel daran, dass aus den Verhandlungen ir-

gendeine Verbesserung ihrer Lage resultiert. Sharon und Bush als neue Staatsoberhäupter werden den Krieg fortführen, der als Nebenprodukt der Politik Clintons und Baraks neu entflammte.

Wo sind all die Nazis hinwo sind sie geblieben?

Nun sind sie also alle plötzlich weg. Keine Nazis mehr. Weit und breit! Gerade mal noch ganze fünfzehn Stück will die Braunschweiger Polizei in dieser Stadt ausmachen können. Und die sollen nicht einmal organisiert sein. So jedenfalls ließ Polizeisprecher Klaus Buhlmann unlängst in der Braunschweiger Zeitung verkünden (BZ vom 8.1.2001).

Man fragt sich, ob solch einen Schwachsinn irgend jemand tatsächlich glaubt, der auf dem rechten Auge noch nicht ganz erblindet ist. Ein Gang durch Braunschweigs Innenstadt reicht aus und man wird wahrscheinlich mehr Nazis treffen, als die Polizei mit ihrer rührseligen Ermittlungsarbeit ausmachen kann. Und weil die Nazis nach Ansicht der Braunschweiger Polizei geradezu vom Aussterben bedroht sind, haben eifrige Antifa-Forscher es in mühseliger Wühlarbeit geschafft, Photos von drei der letzten Exemplare dieser Gattung in



Glaubt man den Aussagen der Polizei, sieht man hier genau 1/5 aller Braunschweiger Nazis

einem Sperrmüllhaufen auf der Straße ausfindig zu machen. Die Bilder zeigen übrigens das Innenleben der ehemaligen Nazi-WG am Frankfurter Platz über dem Gambit (inzwischen mußten die Nazis aufgrund von Protesten von AnwohnerInnen und Aktionen von AntifaschistInnen dort ausziehen – treiben sich aber weiterhin im westlichen Ringgebiet herum). Wer schon immer einmal wissen wollte, wie es so in einer Nazi-WG aussieht, der findet weitere Bilder im Internet auf den Seiten des Antifaschistischen Cafés (www.puk.de/antifacafe).



Schock kurz vor dem Weihnachtsfest

„Schock kurz vor dem Weihnachtsfest. Rund 20 Personen aus dem linken Spektrum stürmten gestern gegen 16.30 Uhr die Redaktion der WAZ [Wolfsburger Allgemeine Zeitung]. Die Besetzer verteilten Flugblätter und ließen ein Transparent vom Fenster herab hängen. Mit der Aktion demonstrierten sie nach eigenen Angaben gegen die „Massaker des türkischen faschistischen Staates in den Gefängnissen“. (WAZ vom 21.12.2000)

Die Antifaschistische Aktion Wolfsburg und das Antifaschistische Plenum Braunschweig besetzten in einer gemeinsamen Aktion am 20.12.2000 kurzzeitig die Redaktionsräume der WAZ. Mit der Aktion sollte auf den Hungerstreik der politischen Gefangenen aufmerksam gemacht und gegen die brutale Erstürmung der Knäste durch türkische Sicherheitskräfte protestiert werden. Die Aktionen der Gefangenen in der Türkei richten sich vor

allem gegen ihre Verlegung in „moderne“ Hochsicherheitsgefängnisse nach deutschem Vorbild. Dort erwartet sie Isolationshaft und eine schutzlose Auslieferung an Mißhandlungen durch die Wärter. Die meisten Gefangenen leben in großen Gemeinschaftszellen und können dort ihr Leben unter den Bedingungen des Knasts einigermaßen selbst organisieren und sich gegen Mißhandlungen teilweise sogar kollektiv zur Wehr setzen. Außerdem bieten die Gemeinschaftszellen die Möglichkeit für die politischen Gefangenen, gemeinsame Diskussionen zu führen und kollektiven Widerstand auch in den Knästen zu organisieren. Das ist dem türkischen Staat natürlich schon lange ein Dorn im Auge. Inzwischen sind die Knäste, in denen Hungerstreiks stattfanden und in denen sich die Gefangenen teilweise verbarrikadiert hatten, gestürmt worden. Dabei wurden zahlreiche Gefangene erschossen, verbrannt oder mißhan-

delt. Über 30 Gefangene starben an den Folgen dieser Erstürmungen bereits. Auch in den Isolationsknästen wird das Todesfasten fortgesetzt. In einer Erklärung machten die BesetzerInnen deutlich, daß "der deutsche Staat" mitverantwortlich ist für

die "Massaker in den türkischen Gefängnissen, er ist es, der die Konzepte für die Iso-Knäste in der Türkei geliefert hat, er ist es, der den türkischen Folterstaat politisch absichert und Waffen liefert."



Abschlusskundgebung der SchülerInnen-Demo am 20.12.2000 im Schloßpark



Mehr "Verfassungsschützer" in die rechte Szene? Bloß nicht!

Die staatlich inszenierte Kampagne gegen Rechts eignet sich nicht nur zum beschleunigten Weiterbau am Überwachungsapparat, sie ist auch bestimmten Lobbyarbeiten zuträglich. Manche Organisationen und Personen, von denen man noch nie etwas gegen Nazis gehört hatte, melden sich zu Wort, scharen ihre Schäfchen im ausschließlich gefühlsbetonten Dagegensein um sich. Da will auch der Verfassungsschutz (VS) nicht fehlen...

präsentierte Innenminister Otto Schily - die SPD-Antwort auf Kanther, Schönbohm und Beckstein - vor versammelter Prominenz aus Politik und Repressionsapparat eine seiner Ideen im "Kampf gegen Rechts": mehr Verfassungsschützer in die rechte Szene! Das hieße Eulen nach Athen tragen und damit den Bock zum Gärtner machen: Die rechte Szene ist schon lange durchsetzt mit Staatsspitzeln und IMs des VS, und: mit Hilfe dieser Personen und staatlicher Gelder wurden eine Vielzahl von faschistischen Gruppen aufgebaut, strukturiert und

Anlässlich des 50. Jahrestages der Gründung des VS, am 24.10.2000,

finanziell unterstützt. VS-Leute haben an Überfällen und Brandanschlägen teilgenommen, diese teilweise erst möglich gemacht. Ein paar Beispiele von denen, die aufgefliegen sind¹:

Ende der 70er Jahre bastelte der V-Mann des niedersächsischen Verfassungsschutzes **Hans Dieter Lepzien** selbst die Bomben für die Attentate der in Niedersachsen operierenden "Gruppe Otte". Lepzien war Mitglied der NSDAP/AO (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/ Auslands- und Aufbauorganisation).

Darin war auch **Werner Gottwald** aktiv, der bis Ende 1980 dem niedersächsischen Landesamt für den Verfassungsschutz (LfV) als V-Mann diente. Als solcher nahm er nicht nur an der Gründung der NSDAP/AO teil, sondern besorgte für diese auch Waffen.

Norbert Schnelle, zunächst Mitglied der NPD-Jugendorganisation "Junge Nationaldemokraten" (JN), dann der (inzwischen verbotenen) "Nationalistischen Front" (NF), war von 1983-1985 V-Mann des nordrhein-westfälischen LfV. Er war beteiligt an mehreren Straftaten und warnte seine Kameraden vor Hausdurchsuchungen. Für seine wertlosen Informationen erhielt er 14.400 DM, von denen er und NF-Chef Meinolf Schönborn ihre Parteiarbeit mitfinanzierten.

In der Emdener "Kampfgemeinschaft Nationaler Sozialisten", so ergab ein Prozess vor dem Landgericht Aurich 1984, agierte ein V-Mann des niedersächsischen LfV namens **Joachim Apel**. Er beteiligte sich nicht nur an

der Propaganda-Arbeit, sondern besorgte Waffen und half bei Brandanschlägen².

In Witten stellte sich 1988 **Andreas Szypa** ("Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei", inzwischen verboten) dem nordrhein-westfälischen LfV als V-Mann zur Verfügung. Er hatte dafür grünes Licht von zwei Funktionären seiner Partei erhalten, der er vor Beginn die Abführung der Hälfte seiner Honorare garantiert hatte.

Bernd Schmitt, V-Mann des LfV in NRW, baute Anfang der 90er in Solingen einen Kampfsportverband auf, der speziell Nazis als Zielgruppe hatte und in dem auch die faschistischen Brandstifter von Solingen trainierten. Damit übernahm er u.a. den Saalschutz für die "Deutsche Liga" in Köln.

Michael Wobbe, Nazi aus Quakenbrück, wurde 1992 als V-Mann des niedersächsischen LfV verpflichtet und avancierte danach zum Sicherheitschef bei der NF. Ohne sein Zutun sei "so manche Kameradschaft gar nicht erst entstanden", erklärte er 1996 in einem Interview³.

Im November 1999 enttarnte sich **Michael Grube** aus Grevesmühlen als V-Mann des LfV Meck-Pomm. Im Auftrag des LfV hatte er sich zum Kreisvorsitzenden des NPD wählen lassen und trat 1998 zur Landtagswahl auf ihrer Liste an. Im März 1999 beteiligte sich Grube an der Planung und Durchführung eines Brandanschlages auf eine Pizzeria. Vom LfV hatte Grube auch Listen mit Namen vermeintlicher Linker aus Wismar und Umgebung erhalten⁴.

Das Brandenburgische LfV führte über

Jahre hinweg einen Nazi als V-Mann, der 1995 wegen versuchten Mordes an einem nigerianischen Flüchtling verurteilt worden war. Bereits kurze Zeit nach der Verurteilung war **Carsten S.** auf Freigang und betätigte sich auf Geheiß des LfV für ein Honorar von monatlich bis zu 1.000 DM in seinen alten Kreisen. Der Anfang Juli 2000 "abgeschaltete" V-Mann organisierte noch im Juni eine NPD-Demonstration in Königs-Wusterhausen⁵. Nicht ganz klar ist, ob es sich bei ihm um den "enttarnten V-Mann" handelt, dessen Rechner mitsamt Ermittlungsergebnissen über "die rechte Szene und ihre Gegner" nach seiner Enttarnung an die NPD gegangen ist⁶.

Last but not least der Fall des **Thomas Dienel**: Dieser erhielt vom LfV Thüringen über einen Zeitraum von knapp 2 Jahren insgesamt 25.000 DM, die er als "Spendengelder" für seine politische Arbeit angesehen habe, so sagte er gegenüber dem ZDF-Magazin "Kenn-

zeichen D"⁷. Dienel, Geschäftsführer eines "Sexclubs" und Ex-Vorsitzender der Thüringer NPD, gründete am 20.4.1991 die "Deutsch Nationale Partei"⁸, warf Schweinsköpfe in den Hof der Erfurter Synagoge, inszenierte Wehrsportübungen, wurde u.a. zu drei Jahren Haft wegen Volksverhetzung verurteilt, war Anmelder und Organisator des "Rudolf-Hess-Gedenkmarsches" 1992 in Rudolstadt, war Chef eines Nazi-Blattes, wofür er aus Töpfen der EU mehrere zehntausend Mark erhielt usw...

Behörde mit Tradition

Einzelfälle, kann jedem mal passieren? Der Verfassungsschutz ist seinerzeit mit Leuten gegründet worden, die – so Adenauer – "von der Geschichte von früher etwas verstehen"⁹, und befindet sich bis heute weiter in einer Kontinuitätslinie seit seiner Gründung.

Von der "Geschichte", also vom Aus-

Kommt zur Jugend Antifa Aktion (JAA) !



Jeden Montag ab 18.30 Uhr
im Antifaschistischen Café

Cyriaksring 55

horchen, Bespitzeln, Erpressen, Überfallen, Einschüchtern, usw. verstanden die ersten Verfassungsschützer (der VS hieß damals übrigens "Stelle zur Sammlung und Verbreitung von Auskünften über umstürzlerische, gegen die Bundesregierung gerichtete Tätigkeiten") einiges "von früher", da gezielt ehemalige (?) Nazis eingestellt wurden, die schon im Faschismus geheimdienstlich aktiv waren.

1963, 13 Jahre nach Gründung des VS, waren noch 16 von 46 höheren Beamten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) aktiv, die zuvor der SS oder dem SD (faschistischer SicherheitsDienst) angehört hatten, z.B. Albert Ratke, bis 1945 im Spionageapparat der Nazis, Dr. Halswick, SS-Obersturmbannführer oder der ex-SS-Hauptsturmführer Wenger. In den Landesämtern des VS setzte sich diese Übernahme "erfahrener" Leute fort, z.B. mit ex-SS-Sturmbannführer Walter Odemann in Niedersachsen, ex-SA-Führer Udo Krauthausen in Rheinland-Pfalz oder ex-SD-Obersturmführer Adolf Puchta¹⁰.

Das BfV hat stets besonders freundschaftliche Kontakte zu faschistischen und/oder Militärdiktaturen gepflegt, z.B. zur damaligen chilenischen Diktatur unter Pinochet, von wo sich das BfV "Informationen" über geflohene GegnerInnen der Diktatur besorgte, oder heute in die Türkei, mit der ein ständiger wechselseitiger Informationsaustausch über politische Flüchtlinge stattfindet.

Es ist kein Zufall, dass der VS Nazi-

Spitzel aufbaut und bezahlt, und deren Aktionen sind nicht ungewollt. Da ist zunächst das Interesse einer Behörde, der nach dem vorläufigen Ende der globalen Systemkonfrontation die Feinde abhandeln kamen, ihre eigene Existenz zu rechtfertigen. Da man ja ein Geheimdienst ist, lässt sich das geheime Produzieren der eigenen Existenzberechtigung meistens unbemerkt bewerkstelligen.

Hinzu kommt, dass sich die herrschende Klasse – mit Ausnahmen – von Nazis nicht bedroht sieht. Diese weiß sehr wohl noch, dass ihr der Faschismus insgesamt und auf lange Sicht nicht geschadet, sondern genutzt hat. Das Kapital ging gestärkt aus dem Angriffskrieg hervor. Die BRD wurde als Frontstaat gegen die Sowjetunion aufgebaut, wobei die "entnazifizierten" Nazis in allen führenden Positionen des Staates ihr Wissen und ihre Fertigkeiten im Kampf gegen die sozialistische Staatengemeinschaft einsetzen konnten.

Der sogenannte Verfassungsschutz ist keine "neutrale" Institution, sondern ein staatliches Instrument. Er gibt (und produziert) die Einschätzungen (Verfassungsschutzberichte), die zur Begründung staatlichen Handelns dienen und schafft notfalls die Voraussetzungen für die Einschätzungen selbst. Dass der VS aufgabengemäß seinen Senf zur Kriminalisierung bestimmter Nazi-Organisationsstrukturen (z.B. Blood & Honour, NPD) abgibt, weil momentan Nazis ein wirtschaftliches Problem darstellen, macht ihn darum kein Stück besser. Er bleibt, was er war, ein Instrument der herr-

schenden Klasse, und wird nicht, was er nicht werden kann, eine antifaschistische Behörde.

Quellenangaben:

- ¹ Quelle, sofern nicht anders vermerkt: Schröder, B.: Der V-Mann, Hamburg 1997
- ² die tageszeitung v. 1.12.1984
- ³ die tageszeitung v. 13.5.1996
- ⁴ Berliner Zeitung v. 2.11.1999, Die Zeit

v. 18.11.1999

- ⁵ Der Spiegel 2000, Nr. 28 v. 10.7.2000
- ⁶ dpa vom 30.10.2000, angeblich sei es "versäumt" worden, den Computer sicherzustellen
- ⁷ die tageszeitung v. 8.6.2000
- ⁸ direkte aktion Nr. 117
- ⁹ junge welt v. 25.10.2000
- ¹⁰ Quelle für genannte Namen: AZADI informationen Nr. 21, September/Oktober 2000, S. 2

Freiheit für Andrea Klump und alle anderen Gefangenen aus RAF und Widerstand!

- ein weiteres Beispiel, wie Kriminalisierung geht

Am 28.11.2000 fand in Stuttgart-Stammheim, an dem Ort, an dem Gudrun Ensslin, Andreas Baader, Jan Carl Raspe und Ulrike Meinhof seinerzeit als Gefangene aus der RAF vom deutschen Staat ermordet wurden, der Prozessauftakt gegen eine angebliche ehemalige Angehörige der RAF statt.

Andrea Klump wurde am 15.9.99 in Wien festgenommen, wobei die Polizei ihren Begleiter Horst Meyer erschoss. Sie wurde gesucht, weil sie angeblich von 1984 bis 1998 Mitglied der RAF war. Der als Kronzeuge auftretende Spitzel des hessischen Verfassungsschutzes, Siegfried Nonne, hatte Klump 1996 angeschwärzt, seine Aussage aber später widerrufen. Der wegen Drogenabhängigkeit und Depressionen mehrmals psychiatrierte Informant hat wiederholt Anschuldigungen erhoben, die sich als haltlos erwiesen.

Prozessauftakt in Stuttgart-Stammheim:

Andrea Klump hat eine Einlassung zur Sache angekündigt. Sie wird in Handschellen hereingeführt, die ihr am Platz abgenommen werden. Sie beginnt die politische Situation in den achtziger Jahren zu schildern, als es eine breite Diskussion in der Gesellschaft um die NATO- und US-Militärpolitik gab, als 500 000 Menschen in Bonn gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen demonstrierten.

Andrea Klump war Teil dieser linken Bewegung, in der Roten Hilfe engagiert diskutierte sie mit den Gefangenen aus der RAF und unterstützte deren Forderung nach Abschaffung der Isolationshaft. 1981 kämpften die Gefangenen mit einem Hungerstreik für ihre Zusammenlegung. Sie unterstützte diesen Kampf zusammen mit



anderen mit Veranstaltungen und Aktionen wie der Besetzung des Frankfurter Schauspielhauses während einer Iphigenie-Aufführung.

Sigurd Debus ist in diesem Hungerstreik nach Verabreichung der Zwangsernährung gestorben. Die Ermittlungsbehörden wollten die breite Unterstützungsbewegung spalten und schoben eine Kriminalisierungswelle an, so dass Plakatekleben, Flugblattverteilen, Parolensprühen im Zusammenhang mit der Forderung der Gefangenen zu Delikten wurden, für die man in U-Haft wanderte. Ein weiteres Schwert gegen den Widerstand schmiedeten die Strafverfolgungsbehörden in den folgenden Jahren mit der Erfindung »legale RAF«. Jetzt konnte per Dekret jeder RAF sein, obwohl jeder und jede weiß, daß die RAF illegal organisiert war.

Im Sommer 1984 tauchte Andrea Klump unter, um unter falschem Namen und nicht gemeldet zu leben. Sie entzog sich einer Situation, die sie als bedrohlich empfand. Für die Organisation eines Lebens im Ausland brauchte sie Hilfe, traf sich mit Eva

Haule und später mit Birgit Hogefeld. Nach einem Sommer in Norwegen, den sie mit einer Genossin, die in der gleichen Lage war, im Zelt verbracht hatte, reisten sie von Wien aus nach Damaskus und wurden von Palästinensern aufgenommen.

Kleines 1x1 von Bullen und Klassenjustiz

Zusammengefasst: Weil sie gefangene Mitglieder aus RAF und Widerstand betreute und politisch aktiv für deren Forderungen eintrat, wurde sie selbst zur ("legalen") RAF erklärt und staatlich verfolgt, musste untertauchen, was sie dann in Augen des Staatsapparates noch verdächtiger machte. Im Kleinen kennt man dieses Muster der Kriminalisierung von unzähligen Demonstrationen: unter irgendeinem Vorwand prügelt die Polizei auf Demonstrationen ein, nimmt Leute fest, die dann später ein Verfahren wegen Widerstandes gegen Polizeibeamte erhalten.

Mit anderen Worten: Unter Ausblendung des politischen Inhalts für die Öffentlichkeit werden Personen wegen ihrer politischen Arbeit vom Staat verfolgt (z.B. nach §129a StGB "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung"). Deren Reaktionen bieten dann den Vorwand für Anklagen, die es ohne den anfänglichen Angriff des Staatsapparates nicht gegeben hätte. Dieses Zurechtchustern von Anklagen gegen politisch Aktive nennt sich Kriminalisierung.

Homepage der Angehörigen von Andrea: <http://www.andrea-klump.de/>

Termine:

Jeden Freitag ab 20 Uhr:



**Antifaschistisches
Café**

Cyriaksring 55
38118 Braunschweig

Antifaschistische Aktionen, Informationen, Diskussionen,
Veranstaltungen, Filme, Flugblätter, Zeitschriften, Bücher, Plakate,
Aufkleber, T-Shirts, Anstecker, Aufräher ...

<http://www.puk.de/antifacafe>